

Stadtwerke in der Liquiditätsfalle

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine stellt Politik und Gesellschaft vor große Herausforderungen – mit umfassenden Folgen für den Energiesektor. Besonders betroffen sind die Kommunen (vgl. Blitzumfrage „Der öffentliche Sektor im Krisenmodus“, S. 22) und die mit ihnen verbundenen Stadtwerke, die sich zunehmend in einem Konflikt befinden zwischen der Sicherung der Daseinsvorsorge und dem eigenen wirtschaftlichen Überleben. Eine Insolvenz der Stadtwerke betreffe neben der Energieversorgung auch elementare öffentliche Dienste (von Müllabfuhr bis Nahverkehr).

Energieversorgung: Risikogeschäft für die Stadtwerke

Bereits in den vergangenen Jahren wurde der finanzielle Druck auf die Energieversorger vor dem Hintergrund der Energiepreise und angesichts großer notwendiger Investitionen sowie eines intensiven Wettbewerbs immer größer.¹ Die Auswirkungen des Kriegs in Europa verschärfen die Situation allerdings erheblich. Energieknappheit und steigende Energiepreise vervielfachen den Liquiditätsbedarf der kommunalen Unternehmen. Drohende Zahlungsausfälle vonseiten der Kunden gefährden die Einnahmesituation.

Ein komplexes Problem der Energieversorger ist dabei die Verteuerung der zu leistenden Sicherheitsleistungen an den Energiebörsen. Wie am Terminmarkt üblich, müssen die Teilnehmenden eine Art Kautionsleistung leisten, um den Fall abzusichern, dass sie ihre Verpflichtungen nicht erfüllen können. Mit den steigenden Gas- und Strompreisen haben sich auch diese Sicherheitsforderungen erhöht und die Versorger werden in sogenannten Margin-Calls aufgefordert, diese innerhalb kurzer Zeit zu leisten. Mit der plötzlichen Verdoppelung der Strompreise Ende August 2022 vervielfachten sich beispielsweise für die Stadtwerke einer mittelgroßen deutschen Stadt die zu erbringenden Sicherheitsleistungen auf einen dreistelligen Millionenbetrag, der innerhalb von zehn Tagen zu erbringen war. Mit einem Kredit von 400 Millionen Euro konnte die Kommune ihr Stadtwerk schließlich finanziell absichern.² Andere Stadtwerke steigen aus dem überregionalen Geschäft aus und beliefern nur noch in ihrer Funktion als Grundversor-

ger. Als Begründung werden die zu großen finanziellen Risiken und die zu leistenden nicht mehr tragbaren Sicherheitsaufschläge genannt.

Stadtwerke kommen schwieriger an dringend benötigtes Geld

Vor dem Krieg stuften Banken und Ratingagenturen die Ausfallwahrscheinlichkeit von Krediten an Stadtwerke als vergleichsweise gering ein.³ Ratingherabstufungen und weitere Risikoaufschläge der Kreditgeber treiben nun die Finanzierungskosten zusätzlich nach oben.⁴ Stadtwerke können sich also zunehmend schwieriger über Fremdkapital selbst finanzieren.

Und auch die Kommune kann als Gesellschafterin nicht immer Retterin in der Not sein. Analysen des Instituts für den öffentlichen Sektor aus den Jahren 2016 und 2018 zeigten, dass in einem Viertel der 100 größten Städte sowohl im Kernhaushalt als auch im kommunalen Stadtwerke-Konzern die finanzielle Lage angespannt war.⁵ Zusätzlich gibt es Auswirkungen auf die kommunalen Einnahmen: Gewinnausschüttungen der Stadtwerke sinken oder entfallen komplett. Es ist zu erwarten, dass sich die Finanzsituation der Kommunen verschlechtern wird, obwohl 2021 noch ein Haushaltsüberschuss von rund drei Milliarden Euro in den Kommunen der Flächenländer verzeichnet wurde.⁶

Das Insolvenzrisiko für Stadtwerke und kommunale Unternehmen ist erheblich gestiegen. Der Städtetagspräsident fordert einen Rettungsschirm mit Liquiditätshilfen, Bürgschaften und eine befristete Aussetzung der Insolvenzantragspflicht für Energieversorger in Existenznot. Die kommunalen Unternehmen sind aber auch selbst gefordert: Sie sollten ihre Finanzsituation genau im Blick behalten und präventiv handeln, zum Beispiel wenn es um anstehende Refinanzierungen geht. Daneben sollte die Energieversorgung weiter diversifiziert werden; sowohl hinsichtlich der Beschaffung – mit Abkehr vom Vollversorgungsvertrag durch einen Lieferanten – als auch der Investitionen in eine eigene Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Stadtwerke, die hier bereits investiert haben, profitieren nun davon. Für die anderen ist der finanzielle Spielraum für Veränderungen aktuell gering, aber sie sollten strategisch im Fokus bleiben. |

Maria Solbrig

1 Institut für den öffentlichen Sektor (2016): Der „Konzern Kommune“ in der Krise?, S. 9, unter: https://publicgovernance.de/media/Studie_Konzern_Kommune.pdf

2 Theurer, M. (2022): Stadtwerke am Limit. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 2.10.2022

3 Institut für den öffentlichen Sektor (2016): Der „Konzern Kommune“ in der Krise?, S. 7, unter: https://publicgovernance.de/media/Studie_Konzern_Kommune.pdf

4 KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft / KPMG Rechtsanwaltskanzlei mbH (2022): Stadtwerke, kommunale Unternehmen und aktuelle Herausforderungen, November 2022

5 Institut für den öffentlichen Sektor (2016): Der „Konzern Kommune“ in der Krise?, unter: https://publicgovernance.de/media/Studie_Konzern_Kommune.pdf

6 Deutscher Städtetag (2022): Prognose der kommunalen Spitzenverbände – Hohe Defizite der Kommunen in den Jahren 2022 und 2023, Pressemitteilung 18.8.2022, unter: <https://www.staedtetag.de/presse/presse-meldungen/2022/prognose-kommunalfinanzien>